

# SPD demokratischer pressediens

P. XXVI/122

1. Juli 1971

Demokratische Sozialisten für Europa

-----  
"Vaterländer"-Gegenposition der Konservativen  
ohne Zukunft

Von Herbert Kriedemann SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen  
Fraktion des Europäischen Parlaments

Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Rückfall der CDU in den Stände-Staat

-----  
SPD entschieden gegen Unions-Vorschlag für  
Arbeitnehmerkammern

Von Prof. Dr. Hans Lauber SPD-MdL  
Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses  
beim SPD-Vorstand

Seite 3 und 4 / 54 Zeilen

Aktivität fördert die Fitness

-----  
Ausgleichssport wichtig zur Gesundheits-  
Erhaltung

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredaktor: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heiseshofen 2-10  
Postfach: 2153  
Pressenhau 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 888 846/888 847/  
888 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Demokratische Sozialisten für Europa  
-----

"Vaterländer"-Gegenposition der Konservativen ohne Zukunft

Von Herbert Kriedemann SPD-MdB  
Stellv. Vorsitzender der Sozialistischen  
Fraktion des Europäischen Parlaments

Der achte Kongreß der sozialdemokratischen Parteien aus den Staaten der EWG hatte sich selbst eine schwierige Aufgabe gestellt. Nach seinem Abschluß kann man sagen, daß er sie überzeugend bewältigt hat. Es sollte kein Kongreß der bloßen Proklamationen und Deklamationen sein, wie sie gerade zum Thema Europa üblich geworden sind, ohne daß der Integrationsprozeß selbst dadurch weiter kommt. Vielmehr wollte man die kritischen Punkte deutlich ansprechen, heiße Eisen anfassen und die Ursachen, welche die Gemeinschaft von Krise zu Krise führen, beim Namen nennen. Außerdem wollte man festlegen, welche Verpflichtungen daraus für die Parteien des demokratischen Sozialismus gegeben sind und auf welche Weise die ihnen nachkommen wollen. Das eine und andere ist in den Beschlüssen des Kongresses, die nach z.T. nicht einfachen Diskussionen gefaßt wurden, ebenso eindeutig wie erfolgreich erreicht worden.

Unzweideutig haben sich die Parteien für eine Form der europäischen Integration ausgesprochen, die garantiert, daß Europa mit einer Stimme spricht und daß die notwendigen Beschlüsse schnell und nicht mehr in Form von Kompromissen zwischen nationalen Regierungsvertretern gefaßt werden. Die "Vereinigten Staaten von Europa" und nicht ein mehr oder weniger loses Bündnis zwischen europäischen Staaten, die eifersüchtig gegeneinander ihre Sonderinteressen verteidigen, ist das erklärte Ziel der demokratischen Sozialisten. Ebenso eindeutig ist ihre Forderung nach demokratischer Kontrolle der europäischen Exekutive durch ein Europäisches Parlament. Mit dieser Feststellung haben die sozialdemokratischen Parteien eine Position bezogen, die so eindeutig ist, daß den Kritikern und Zweiflern aus dem konservativen Lager nichts anderes übrig bleibt, als das Bekenntnis zur Gegenposition, also dem sog. "Europa der Vaterländer" und damit die Absage an eine funktionierende Europäische Gemeinschaft, oder das Eingeständnis, daß ihre

Kritik und ihre Zweifel an der Europapolitik der Sozialisten ungerechtfertigt sind.

Der Kongreß hat auch den Maßstab gesetzt, mit dem die demokratischen Sozialisten den Wert der Gemeinschaft messen: ihr Wille und ihre Fähigkeit zur nachhaltigen Verbesserung der sozialen Ordnung im weitesten Sinn des Wortes ebenso wie bezüglich der sozialen Leistungen im Einzelnen. Das wird vor allem dazu beitragen, das Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung an der Integration Europas zu verstärken, es zum Gegenstand von politischen Entscheidungen der Wähler zu machen und damit die Gemeinschaft mit Leben zu erfüllen, das ihr aus der noch so eifrigen Arbeit der Politiker oder der Bürokraten allein niemals zufließen kann.

Der Brüsseler Kongreß hat auch wichtige Beschlüsse gefaßt, welche die Zusammenarbeit der Parteien betreffen. In den sachlichen Beratungen zu diesem Punkt blieb kein Raum für die gedankliche Spielerei mit einer Europapartei. Aber die Zusammenarbeit aller Organisationen des demokratischen Sozialismus wird seinen Einfluß auf die weitere Entwicklung verstärken. Im Bewußtsein der damit verbundenen Verantwortung hat der Kongreß ausgesprochen, daß die "Vereinigten Staaten von Europa" nur dann Teil der Welt von morgen und nicht der Versuch sein werden, alte Strukturen und wirtschaftliche Machtpositionen zu konservieren, wenn der Integrationsprozeß von dem Geist bestimmt wird, der die Tätigkeit der Sozialdemokraten in den alten, kleinen Vaterländern stets bestimmt hat.

Die SPD hat unter der Führung ihres stellv. Vorsitzenden Herbert Wehner auf dem Kongreß bewiesen, daß sie ebenso bereit ist, ihr ganzes Gewicht der gemeinsamen Sache aller Sozialisten zur Verfügung zu stellen, wie sich in die Gemeinschaft der Parteien einzuordnen, ohne Rücksicht darauf, ob sie stark oder schwach in einem großen oder kleinen Land tätig sind. Wenn es bei der CDU und der CSU Mode geworden ist, schlichtweg zu behaupten, daß die deutschen Sozialdemokraten wegen der Ostpolitik der Regierung Brandt in der Europapolitik nicht mehr aktiv seien, dann war die Rolle der SPD auf diesem Brüsseler Kongreß eine überzeugende Zurückweisung dieser ohnehin nicht beweisbaren Behauptung. Der von der Opposition im Bundestag geforderte "Stufenplan", um den angeblich so eindeutigen europäischen Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten von Großbritannien gerecht zu werden, hat der Kongreß unter maßgeblicher Beteiligung der SPD aufgezeichnet: Mal sehen, ob die altersschwachen Beine der konservativen "Europäer" diese Stufen bewältigen können.

(-/ur/1.7.1971 bgy)

+ \* \*

Rückfall der CDU in den Stände-Staat

SPD entschieden gegen Unions-Vorschlag für Arbeitnehmerkammern

Von Prof. Dr. Hans Lauber SPD-MdL

Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses beim SPD-Vorstand

Arbeitskammern, wie sie bereits in Kärnten/Saar und Bremen vorhanden sind, strebt die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Vorsitz des Abgeordneten Theodor Blank an. Sie glaubt, mit der Bildung solcher Kammern in allen Bundesländern eine bessere Vertretung aller Arbeitnehmer erreichen zu können.

Die Kammerdiskussion in Deutschland begann bereits Mitte des 19. Jahrhunderts. Ihre ideengeschichtlichen Wurzeln sind primär ständischer Natur. Bürgerliche Sozialreformer sahen in der Errichtung solcher Kammern eine Möglichkeit, die anwachsende Arbeiterbewegung zu begrenzen und "anzupassen". Bezeichnend für den ständisch-partnerschaftlichen Charakter dieses - bis in die ersten Jahrzehnte unseres Jahrhunderts diskutierten - Kammerkonzeptes ist die Tatsache, daß Arbeitskammern als paritätisch besetzte Kammern immer im Zusammenhang mit dem Einigungszwang gesehen wurden.

Aufgrund des Entwurfes, den der ehemalige CDU-Bundesarbeitsminister Blank der Öffentlichkeit vorgelegt hat, muß angenommen werden, daß die CDU/CSU beabsichtigen, wieder in stände-staatliches Denken zurückzufallen.

Die Funktionen, die der öffentlich-rechtlichen Institution der Arbeitnehmerkammern zukommen sollen, werden auf privatrechtlichem Weg von den Gewerkschaften sachnäher und freiheitsfördernd wahrgenommen. Wir sind auch der Meinung, daß die Errichtung von Arbeitnehmerkammern erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken auslöst. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dürfen nämlich öffentlich-rechtliche Zwangsorganisationen nur zur Wahrnehmung "legitimer öffentlicher Aufgaben" ins Leben gerufen werden. Daran fehlt es bei den Arbeitnehmerkammern,

deren mögliche Aufgaben sich in nichts vom Tätigkeitsbereich der Gewerkschaften unterscheiden. Dieser Bereich, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer, ist jedoch gemäß Artikel 9 Abs. 3 des Grundgesetzes traditionell Aufgabe der Gewerkschaften als freiwillig gebildeten privaten Organisationen. Durch Arbeitnehmerkammern werden also kaum legitime öffentliche Aufgaben wahrgenommen.

In den Gewerkschaften finden zu allen Sachfragen demokratische Willensbildungsprozesse auf breiter Basis statt. Dies ist im Rahmen der Institution der Arbeitnehmerkammern nur sehr begrenzt möglich. Die Bereitwilligkeit zum demokratischen Engagement wird also bedroht, wenn Arbeitnehmerkammern einen Teil der Gewerkschaftsaufgaben übernehmen. Arbeitnehmerkammern erfordern einen neuen bürokratischen Apparat. Dieser Apparat wird naturgemäß ein Eigenleben entfalten und notwendige Demokratisierungstendenzen ersticken. Das Unbehagen der Arbeitnehmer, von betriebsfernen und anonymen Mächten abhängig zu sein, würde durch die Errichtung von Arbeitnehmerkammern vorstärkt. Bei allen diesen Kammern zugeordneten Aufgaben handelt es sich um originäre Gewerkschaftsaufgaben. Diese Aufgaben sind bisher von den Gewerkschaften ausgezeichnet gelöst worden. Arbeitnehmerkammern leisten also auch keinen Ansatzpunkt für eine gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung.

Die Gefahren für die politische Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften bei genereller Einführung von Arbeitnehmerkammern überwiegen bei weitem die möglichen und tatsächlichen Vorteile für Arbeitnehmer und Gewerkschaften.

(-/wr/1.7.1971/bgy)

+ + +

Aktivität fördert die Fitneß

Ausgleichssport wichtig zur Gesundheits-Erhaltung

Sport ist nicht nur eine sinnvolle Freizeiterfüllung für die Jugend, er ist besonders als Ausgleichssport zur Erhaltung der Gesundheit der erwachsenen und älteren Menschen wichtig. Sport und gesunde Lebenshaltung ergänzen einander, um fit zu sein für die Anforderungen des Alltags. Doch oft lassen Berufsleben und hektisches Erwerbsstreben nicht den zeitlichen Spielraum für eine regelmäßige sportliche Betätigung zu. Und wenn dann gar trotz emsiger Beschäftigung die körperliche Betätigung zu kurz kommt, dann sollte man sich schleunigst einen Ausgleichssport suchen, denn: "Bewegungsmangel ist genau so wie falsche Ernährung und Genußmittelmißbrauch eine große Gefahr für die Gesundheit", warnt Hessens SPD-Sozialminister Dr. Horst Schmidt.

Zur guten Gesundheitsvorsorge gehört Aktivität, gehört also auch sportliche Betätigung. Und zum richtig betriebenen Sport des Erwachsenen gehören, neben einer gewissen freudigen Einstellung zu einer Anstrengung, das Maßhalten und das Beherrschen sowohl der Übungen als auch die Lebensführung selbst. Dies gilt vor allem für den Ausgleichssport, wenn er dazu dienen soll, sich "fit zu halten" für die Aufgaben des Lebens und des Berufes, der von jedem eine Menge physische und psychische Leistung fordert.

Diese Leistungen werden in unserer hektischen, von der Technik stark beeinflussten Zeit wohl am stärksten von den mitt-

lernen und älteren Jahrgängen verlangt. Solche Menschen suchen sich aus kluger Einsicht wieder einen körperlichen Ausgleich und finden fast zwangsläufig und folgerichtig den Weg zurück zum Sport.

Der Ausgleichssport muß mit Vorsicht begonnen und eine langsame Steigerung der körperlichen Fitness muß zielstrebig erreicht werden. Wandern, Laufen, Schimmen, Reiten, Radfahren, Tanzen, Skiwandern, Golf, Tennis, überhaupt alle Sportarten mit Dauerleistungen sind für die nicht mehr ganz Jungen der richtige Ausgleich für die meist sitzenden Tätigkeiten im Berufsleben. Eine sportliche Betätigung dieser Arten soll und muß zu einer guten Durchblutung aller Körperpartien und zu einem Schweißausbruch führen, dem eine angemessene Erholungsphase anzuschließen ist. Übertreibung, insbesondere spontane Hochleistungsversuche sind im Erwachsenensport zu vermeiden, weil leicht Verletzungen entstehen können und die Freude an der eigenen Leistung getrübt wird.

Für den Ausgleichssport des erwachsenen Menschen soll immer gelten, daß er über seine biologischen Grenzen nicht hinaus geht und damit seiner Gesundheit eher schadet als nützt. Wenn die Stärke des jungen Leistungssportlers in seiner Schnelligkeit und seinen Rekorden liegt, so soll die Stärke des Erwachsenen in einer gleichbleibenden Ausdauer liegen. Sie hält ihn fit, sie regt seinen Kreislauf an und sie gibt ihm die körperliche und seelische Stärke, die ihm die Angst vor den Wechseljahren nimmt und die ihm in den mittleren Jahren Ausdauer, Leistung und Konzentration für den Alltag vermittelt.

(h/wr/1.7.1971/bgy)